

Begründung

zum

Bebauungsplan Nr. 26 „Solarpark Lauenbrück“



Entwurf

GEMEINDE LAUENBRÜCK
LANDKREIS ROTENBURG (WÜMME)

INHALTSVERZEICHNIS

1. ALLGEMEINE LAGE UND GRENZEN DES PLANGEBIETES	4
1.1 Nutzung des Plangebietes, umliegende Nutzung	4
2. PLANUNGSRECHTLICHE VORAUSSETZUNGEN.....	5
2.1 Landes- und Regionalplanung	5
2.2 Flächennutzungsplanung.....	8
3. ZIELE, ZWECKE UND WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG.....	8
3.1 Städtebauliche Zielsetzung.....	8
3.2 Festsetzungen des Bebauungsplanes	9
3.2.1 Art der baulichen Nutzung	9
3.2.2 Maß der baulichen Nutzung, Bauweise.....	10
3.2.3 Überbaubare Grundstücksflächen.....	10
3.2.4 Verkehrsflächen, Erschließung	11
3.2.5 Belange von Natur und Landschaft.....	11
3.3 Immissionsschutz	12
3.4 Verkehr	12
4. UMWELTBERICHT GEMÄSS § 2 A BAUGB.....	12
4.1 Inhalt und Ziele des Bebauungsplanes	12
4.2 Rechtliche Rahmenbedingungen sowie umweltschutz- und planungsrelevante Fachgesetze und Fachpläne	13
4.3 Beschreibung und Bewertung des Umweltzustandes.....	15
4.3.1 Schutzgut Boden und Wasser.....	15
4.3.2 Schutzgut Fläche	16
4.3.3 Schutzgut Klima/Luft.....	17
4.3.4 Schutzgut biologische Vielfalt	17
4.3.5 Schutzgut Landschaft	19
4.3.6 Schutzgut Mensch / menschliche Gesundheit.....	20
4.3.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	20
4.3.8 Auswirkungen auf das Wirkungsgefüge der einzelnen Schutzgüter (Wechselwirkungen)	20
4.3.9 Entwicklung des Gebietes ohne Verwirklichung des Vorhabens (Nullvariante)	21
4.4 Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen auf Natur und Landschaft.....	21
4.5 Planungsalternativen unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes	25
4.6 Erläuterungen und Hinweise zur Durchführung der Umweltprüfung	26
4.7 Maßnahmen des Monitorings.....	26
4.8 Ergebnis der Umweltprüfung.....	26
5. ARTENSCHUTZ.....	27
6. ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG	30
7. VER- UND ENTSORGUNG.....	30
8. BODENORDNUNG	30

9. BESCHLUSSFASSUNG.....	31
QUELLENVERZEICHNIS.....	31

1. ALLGEMEINE LAGE UND GRENZEN DES PLANGEBIETES

Das Plangebiet liegt im westlichen Bereich der Gemeinde Lauenbrück, direkt südlich der Bahnstrecke Bremen – Hamburg. Betroffen ist das Flurstück 21/155 und überwiegend Teilflächen des Flurstücks 21/157 der Flur 8 der Gemarkung Lauenbrück.

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ergibt sich aus der Planzeichnung. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 7,2 ha.



Abb. 1: Lage des Plangebietes (ohne Maßstab) - Bundesamt für Kartographie und Geodäsie © 2022

1.1 Nutzung des Plangebietes, umliegende Nutzung

Die Flächen im Plangebiet werden ausschließlich landwirtschaftlich genutzt. Die Fläche wird randlich von Nordwest nach Südost von zwei Gräben durchquert.

Angrenzend befinden sich außer der nördlich verlaufenden Bahnstrecke land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen.

2. PLANUNGSRECHTLICHE VORAUSSETZUNGEN

2.1 Landes- und Regionalplanung

Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen

Die Samtgemeinde Fintel ist dem ländlichen Raum zuzuordnen. Gemäß den Grundsätzen des Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) 2017 sollen die ländlichen Regionen als Räume mit eigenem Profil erhalten und so weiterentwickelt werden, dass sie zur Innovationsfähigkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft dauerhaft einen wesentlichen Beitrag leisten können. Darüber hinaus sind vorrangig solche Maßnahmen durchzuführen, die den Kommunen eine eigenständige Entwicklung ermöglichen und die besonderen Standortvorteile für das Wohnen und die Wirtschaft nutzen. Insbesondere sollen kleinen und mittleren Unternehmen ein geeignetes Umfeld geboten, die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft verbessert und deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, die Auswirkungen des demografischen Wandels für die Dörfer abgeschwächt, die soziale und kulturelle Infrastruktur gesichert und weiterentwickelt sowie die Umwelt und die Landschaft erhalten und verbessert werden. Raumstrukturelle Maßnahmen sollen dazu beitragen, geschlechtsspezifische Nachteile abzubauen.

Die ländlichen Regionen sollen sowohl mit ihren gewerblich-industriellen Strukturen als auch als Lebens-, Wirtschafts- und Naturräume mit eigenem Profil erhalten und so weiterentwickelt werden, dass sie zur Innovationsfähigkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft dauerhaft einen wesentlichen Beitrag leisten können.

Die Nutzung einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien soll unterstützt werden. Die Träger der Regionalplanung sollen darauf hinwirken, dass unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten der Anteil einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien insbesondere der Windenergie, der Solarenergie, der Wasserkraft, der Geothermie sowie von Biomasse und Biogas raumverträglich ausgebaut wird.

Im zeichnerischen Teil des Landes-Raumordnungsprogramms sind innerhalb des Plangebietes keine Darstellungen enthalten.

In Abschnitt 4.2 Abschnitt 13 des LROP 2017 heißt es *„Für die Nutzung durch Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie sollen bereits versiegelte Flächen in Anspruch genommen werden. Landwirtschaftlich genutzte und nicht bebaute Flächen, für die der raumordnerische Vorbehalt für die Landwirtschaft gilt, dürfen dafür nicht in Anspruch genommen werden. Zur Verbesserung der Standortentscheidungen für die in Satz 1 genannten Anlagen sollen die Träger der Regionalplanung im Benehmen mit den Gemeinden regionale Energiekonzepte erstellen und in die Regionalen Raumordnungsprogramme integrieren.* Im RROP des Landkreises Rotenburg werden zahlreiche Flächen als Vorbehaltsgebiete der Landwirtschaft dargestellt. Grundsätzlich ist die Bauleitplanung an die Regionalplanung anzupassen, was sich aus 1 Absatz 4 BauGB ergibt. Ziele der Raumordnung sind bindend, von diesen nur im Rahmen eines von Gemeinde zu beantragenden Zielabweichungsverfahrens gem. § 8 NROG iVm § 6 ROG abgewichen werden kann.

Das LROP wurde in den vergangenen Jahren in einem Änderungsverfahren überarbeitet und am 30.08.2022 beschlossen. Darin wurde auch die Thematik für Freiflächen

Photovoltaikanlagen neu thematisiert. Im LROP 2022 heißt es unter 4.2: „¹Der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik) soll landesweit weiter vorangetrieben und bis 2040 eine Leistung von 65 GW installiert werden. ²Dabei sollen vorrangig bereits versiegelte Flächen und Flächen auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand sowie sonstigen baulichen Anlagen in Anspruch genommen werden. ³Mindestens 50 GW der in Satz 1 genannten Anlagenleistung sollen auf Flächen nach Satz 2 installiert werden; im Übrigen soll die Anlagenleistung in Form von Freiflächenphotovoltaikanlagen in dafür geeigneten Gebieten raumverträglich umgesetzt werden. ⁴Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft sollen hierfür nicht in Anspruch genommen werden. ⁵Abweichend von Satz 4 können Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft für raumverträgliche Anlagen der Agrar-Photovoltaik vorgesehen werden. ⁶Agrar-Photovoltaikanlagen sind Photovoltaikanlagen, die weiterhin eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung mit Traktoren, Dünge-, Saat- und Erntemaschinen zulassen und durch die höchstens ein Flächenverlust von 15 % der landwirtschaftlichen Fläche entsteht.“

Der Satz 4 aus dem Auszug des Entwurfes des LROP wird in der Begründung zum LROP relativiert. Hier heißt es:

„Soweit die Träger der Regionalplanung Teile ihrer Planungsräume mit einem raumordnerischen Vorbehalt zugunsten der landwirtschaftlichen Bodennutzung versehen haben, sollen raumbedeutsame Photovoltaikanlagen dahinter zurückstehen. Bei den Vorbehaltsgebieten handelt es sich um berücksichtigungspflichtige Grundsätze der Raumordnung, sie sind daher einer Abwägung im Rahmen der Bauleitplanung zugänglich. Satz 4 dient lediglich der Klarstellung dieser Steuerungswirkung von Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft auf Ebene der Regionalen Raumordnungsprogramme, entfaltet jedoch keine darüberhinausgehende Steuerungswirkung. Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind vom Gesetzgeber für den Außenbereich nicht privilegiert (vgl. § 35 BauGB) und unterliegen deshalb dem Grundsatz, dass der Außenbereich von ihnen freigehalten werden soll. Sie sind nur zulässig, soweit Städte und Gemeinden diese bauleitplanerisch ausweisen.“

Damit ist festzustellen, dass die Städte und Gemeinden im Rahmen ihrer Bauleitplanungen die Aufgabe zur raumverträglichen Steuerung von Freiflächenphotovoltaikanlagen übertragen bekommen haben und eine bauleitplanerische Ausweisung im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit in Abwägung aller zu betrachtender Belange erfolgen kann, auch wenn eine Fläche im RROP als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft dargestellt wird. Die Samtgemeinde hat sich Parameter für die Ausweisung von PV-Freiflächenanlagen gesetzt und die Gemeinde hat in der Gemeinde eine Potenzialanalyse für geeignete Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen erstellt. Der Beschluss zur Änderung des RROP ist am 30.08.2022 erfolgt, sodass die Ziele des Landes-Raumordnungsprogramms durch die beabsichtigte Sondergebietsdarstellung berücksichtigt und umgesetzt werden.

Regionales Raumordnungsprogramm

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Rotenburg (Wümme) wurde neu aufgestellt und ist mit der Bekanntmachung am 28.05.2020 in Kraft getreten.

Es ist eine vielfältige, regionaltypische und ökologisch angepasste Siedlungsstruktur im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung zu erhalten und zu entwickeln.

Klimarelevante Emissionen sind vor allem durch rationelle Energienutzung und -umwandlung, Energieeinsparung, Ausbau erneuerbarer Energien und einer Erhöhung

des Anteils kohlenstoffarmer gegenüber kohlenstoffreicher Energieträger bei der Energieversorgung, vor allem im Wärmemarkt, zu vermindern.

Die Energieversorgung im Planungsraum ist so auszugestalten, dass die Möglichkeiten der Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung sowie der wirtschaftlichen und umweltschonenden Energiegewinnung weitgehend ausgeschöpft werden. Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen soll verstärkt werden.

Lauenbrück ist im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Rotenburg (Wümme) 2020 als Grundzentrum eingestuft. Grundzentren sollen für den Planungsraum zentrale Einrichtungen zur Deckung des allgemeinen täglichen Bedarfs bereitstellen. Ebenso soll sie ein umfangreiches Angebot für die Sicherung von Wohn- und Arbeitsstätten schaffen. Darüber hinaus hat Lauenbrück die besondere Entwicklungsaufgabe „Erholung“ zugewiesen bekommen. Hier soll sie über den eigenen Bedarf hinaus Einrichtungen für die Erholung schaffen.

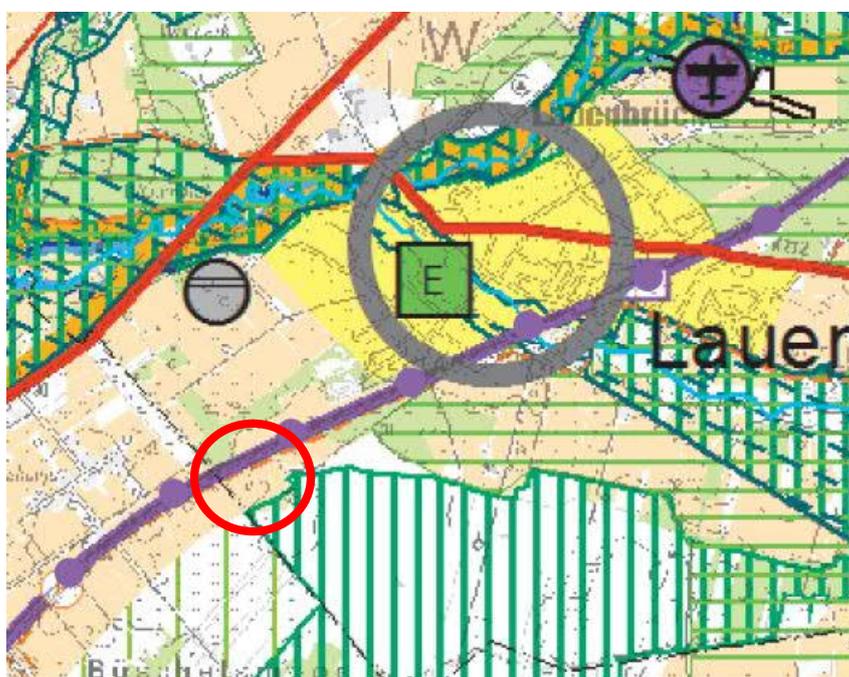


Abb. 2: Auszug aus dem Regionalen Raumordnungsprogramms 2020 (ohne Maßstab)

In der zeichnerischen Darstellung ist das Plangebiet als Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft dargestellt. Die Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft wurden aufgrund hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotentials festgelegt. Alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen so abgestimmt werden, dass diese Gebiete in ihrer Eignung und besonderen Bedeutung möglichst nicht beeinträchtigt werden. Angrenzend sind im zeichnerischen Teil des Regionalen Raumordnungsprogramms 2020 die Bahnstrecke und parallel dazu ein regional bedeutsamer Radweg dargestellt. Südlich grenzt ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft an.

Die Zielausrichtung hinsichtlich der erneuerbaren Energien hat sich in den letzten Monaten stark fortentwickelt. Aufgrund der angespannten Lage zur Lieferung und Abhängigkeit fossiler Energieträger werden auch in den übergeordneten Plänen und Programmen die Ziele und Grundsätze überarbeitet werden. Die Träger öffentlicher Be-

lange haben im frühzeitigen Beteiligungsverfahren bereits darauf hingewiesen, dass das LROP sich in der Änderung befindet und das Ziel der Freihaltung von Photovoltaikanlagen auf Vorbehaltsflächen für Landwirtschaft angepasst wird. Der Beschluss des LROP ist mittlerweile erfolgt, sodass die Ziele des Regionalen Raumordnungsprogramms durch die beabsichtigte Sondergebietsdarstellung berücksichtigt und umgesetzt werden. Die geplante Realisierung von Photovoltaikanlagen ermöglicht im Sinne des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Energieversorgung und fördert die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien.

2.2 Flächennutzungsplanung

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist im wirksamen Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Fintel als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes ist somit nicht gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus den Darstellungen des wirksamen Flächennutzungsplanes entwickelt. Die Samtgemeinde Fintel führt derzeit zu diesem Bebauungsplanverfahren die 54. Änderung des Flächennutzungsplanes durch, sodass mit entsprechender Änderung des Flächennutzungsplanes und der Darstellung eines Sondergebiets der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt ist.

Mit Wirksamwerden der 54. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Lauenbrück“ sind die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 26 aus der vorbereitenden Bauleitplanung entwickelt.

3. ZIELE, ZWECKE UND WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG

3.1 Städtebauliche Zielsetzung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 26 sollen eine geordnete städtebauliche Entwicklung angestrebt und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen geschaffen werden. Größere Photovoltaikanlagen stellen keine privilegierten Vorhaben im Sinne des § 35 BauGB dar. Aufgrund von Art und Umfang des Vorhabens sowie dessen Lage im Außenbereich sind zur Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen sowohl die Änderung des Flächennutzungsplanes als auch die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Die Fläche ist derzeit unbebaut und wird weitestgehend ackerbaulich genutzt.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2021) hat zum Zweck, insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern. Ziel dieses Gesetzes ist es, den Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms zu erhöhen.

Ziel der Gemeinde Lauenbrück und der Samtgemeinde Fintel ist es, die Nutzung regenerativer Energien zu fördern und somit auch die Zielsetzungen der Raumordnung zu

berücksichtigen. Die Fläche direkt an den Bahntrasse Hamburg- Bremen bietet sich für die Gemeinde und Samtgemeinde dazu an. Gemäß § 48 Abs. 1 EEG 2021 besteht eine erhöhte Einspeisevergütung für bestimmte privilegierte Flächen. So dürfen gemäß § 48 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe aa EEG Photovoltaikanlagen im Bereich eines Bebauungsplanes, der nach dem 1. September 2003, aufgestellt wurde, auf Flächen, die längs von Autobahnen oder Schienenwegen in einer Entfernung von bis zu 200 m vom Fahrbahnrand liegen, errichtet werden. Dies trifft somit auf den geplanten Standort zu. Die Photovoltaikanlagen in ihrer Relevanz zum Klimaschutz und zur angestrebten Energiewende beitragen.

Die Gemeinde Lauenbrück möchte gemeinsam mit der Samtgemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit und Berücksichtigung aller unterschiedlichen Belange ihren Anteil zur erneuerbaren Energieversorgung beitragen und Vorhabenträger bei der Realisierung innerhalb der Samtgemeinde unterstützen. Im Zuge des aufkommenden Interesses an Freiflächen-Photovoltaikanlagen hat die Gemeinde eine Potenzialanalyse aufgestellt, die alternative Standorte für Freiflächenanlagen im Gemeindegebiet aufzeigt. Im Ergebnis kann die im Flächennutzungsplan dargestellte Fläche als geeignet angesehen werden. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines Vorranggebietes für Natur und Landschaft, Vorranggebiet Natura 2000, Vorranggebiet Biotopverbund, Vorranggebiet landschaftsbezogene Erholung, Vorranggebiet infrastrukturbezogene Erholung, Vorranggebiet Rohstoffgewinnung und hat naturschutzfachlich keine hohe Bedeutung. Die Fläche liegt zwar innerhalb einer Vorbehaltsfläche für die Landwirtschaft, ist jedoch im Rahmen der Alternativenprüfung zu den gesamten Flächen innerhalb des Gemeindegebietes im Rahmen der Abwägung aller Belange als geeignet und raumverträglich bewertet worden. Im Wesentlichen trägt hier auch die Vorbelastung der Bahntrasse zur Standortentscheidung bei, da die Gemeinde und Samtgemeinde auch die Bereiche favorisieren, die bereits durch Bauwerke und Infrastrukturtrassen geprägt sind, um so weitgehend natur- und landwirtschaftlich geprägte Gebiete von technischen Anlagen freizuhalten.

3.2 Festsetzungen des Bebauungsplanes

3.2.1 Art der baulichen Nutzung

Entsprechend der städtebaulichen Zielsetzung wird im Plangebiet ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ gemäß § 11 BauNVO festgesetzt. Das Sondergebiet dient der Nutzung der Sonnenenergie und soll die Flächen für die hierzu erforderlichen baulichen Anlagen und Einrichtungen bereitstellen.

Im Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ sind folgende bauliche Anlagen und Einrichtungen allgemein zulässig:

Innerhalb der Baugrenzen:

- Photovoltaikmodule in Festaufständerung einschließlich ihrer Befestigung auf und im Erdboden
- Technische Einrichtungen und Anlagen zum Betrieb von Photovoltaikmodulen (z.B. Trafostationen und Wechselrichter)
- Einrichtungen und Anlagen für Wartung, Instandhaltung, Pflege und Service sowie zur technischen Überwachung der Photovoltaikanlagen

Innerhalb und außerhalb der Baugrenzen:

- Die für die Erschließung der Photovoltaikanlagen erforderlichen Ver- und Entsorgungsleitungen

-
- Die für die Erschließung der Photovoltaikanlagen erforderlichen Straßen und Wege
 - Einrichtungen und Anlagen für die Sicherheitsüberwachung der Photovoltaikanlagen
 - Einfriedungen durch Zaunanlagen mit Toren
 - Landwirtschaftliche Nutzungen und Anlagen

Des Weiteren sollen die Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden durch die Festsetzung von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft in Form einer extensiven Grünlandbewirtschaftung im Plangebiet ausgeglichen werden.

Die Flächen im Sondergebiet, die nicht von baulichen Anlagen überdeckt werden, sind nach Inbetriebnahme der Anlagen, mit Ausnahme der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern, als Extensivgrünland zu bewirtschaften. Die extensive Bewirtschaftung ist höchstens als zweischürige Mähwiese (1. Mahd nach dem 15.06.) oder Schafbeweidung mit weniger als zwei Großvieheinheiten pro Hektar zulässig. Das Mähgut ist vollständig abzufahren. Eine Entzugs-Düngung mit mineralischen Düngestoffen mit 50 kg N/ 20 kg P/ 40 kg K pro Hektar und Jahr oder mit Festmist ist bis zum 20.03 und ab dem 15.06. gestattet. Silage- und Futtermieten dürfen nicht angelegt werden. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nicht zugelassen.

3.2.2 Maß der baulichen Nutzung, Bauweise

Bei der Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung im Bebauungsplan sind gemäß § 16 Abs. 3 BauNVO stets die Grundflächenzahl oder die Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen und die Zahl der Vollgeschosse oder die Höhe baulicher Anlagen zu bestimmen, wenn ohne ihre Festsetzung öffentliche Belange, insbesondere das Orts- und Landschaftsbild, beeinträchtigt werden können.

Die Grundflächenzahl wird auf 0,66 festgesetzt. Damit können die PV-Anlagen 66 % der Gesamtfläche des Plangebietes mit PV-Modulen und weiteren baulichen Anlagen überdecken. Die verbleibenden Freiflächen sind extensiv zu bewirtschaften.

Für die baulichen Anlagen wird eine maximal zulässige Oberkante von 3,50 m über Geländeneiveau festgesetzt, um die Höhenentwicklung der Photovoltaikanlagen sowie der ergänzenden technischen und sonstigen Nebenanlagen eindeutig bestimmen zu können. Die festgesetzte Obergrenze von 3,50 m ist ausreichend, um die üblichen aufgeständerten Modultische errichten zu können.

In der abweichenden Bauweise sind gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO bauliche Anlagen mit über 50 m Länge zulässig, um die o.g. Nutzungen realisieren zu können.

3.2.3 Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubaren Grundstücksflächen im Plangebiet sind durch Baugrenzen so festgesetzt, dass sie ausreichenden Raum für eine flexible Unterbringung der Anlagen bieten und gleichzeitig die erforderlichen Abstände zu der Bahnstrecke und der Anpflanzung einhalten. Eine nach §19 Abs 4 BauNVO mögliche Überschreitung bis zu 50 von Hundert wird ausgeschlossen, da während des Betriebs der Anlage die Flächen zwischen und unterhalb der Module extensiv mittels Schafbeweidung oder Mahd ge-

pflügt. Es werden weder Dünger noch Agrargifte eingesetzt, wodurch sich Pflanzen und Tiere ansiedeln können, die auf magere und offene Standorte angewiesen sind. Freiflächen-PV-Anlagen bieten damit neben der Erzeugung von erneuerbaren Energien eine gute Chance zugunsten des Natur- und Artenschutzes. Die Solarmodule sind festmontiert und mittels einer Unterkonstruktion aufgeständert. Die Verankerung des Montagesystems im Boden erfolgt durch Rammen. Hierbei werden Stahlprofile in den Boden getrieben, was die Bodenversiegelung reduziert sowie den Rückbau des Kollektorfeldes vereinfacht. Die ursprüngliche Bodengüte kann wiederhergestellt werden. Im nordöstlichen Bereich des Plangebietes befindet sich ein Waldgebiet anliegend. Der Wald liegt jedoch im Besitz des gleichen Eigentümers, auf dem auch die PV-Elemente errichtet werden. Dahingehend konnten in Abstimmung mit dem Eigentümer die Abstände verringert werden, sodass das Sondergebiet intensiver mit der Bestellung von PV-Elementen möglich ist.

3.2.4 Verkehrsflächen, Erschließung

Die *verkehrliche Erschließung* des Plangebietes erfolgt über den nördlich verlaufenden Wirtschaftsweg. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind keine öffentlichen Verkehrsflächen festgesetzt.

3.2.5 Belange von Natur und Landschaft

Anpflanzung einer Strauchhecke

Zur Minimierung der Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und Schutzgut Pflanzen wird eine Festsetzung zum Anpflanzen Sträuchern getroffen. Innerhalb der 3 m breiten gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB festgesetzten Fläche zum Anpflanzen von Sträuchern ist eine 2-reihige Strauchhecke anzupflanzen.

Folgende Arten sind zu verwenden:

Botanischer Name	Deutscher Name	Qualität
Sträucher		
<i>Corylus avellana</i>	Haselnuss	3 j. v. S. 80/120
<i>Crataegus monogyna</i>	Eingrifflicher Weißdorn	3 j. v. S. 80/120
<i>Prunus spinosa</i>	Schlehe	1 j. v. S. 60/100
<i>Rhamnus frangula</i>	Faulbaum	3 j. v. S. 80/120
<i>Rosa canina</i>	Hundsrose	2 j. v. S. 60 / 80
<i>Salix caprea</i>	Salweide	1 j. v. S. 60 / 80
<i>Sambucus nigra</i>	Schwarzer Holunder	3 j. v. S. 60/100

* 3 j. v. S. 80/120 = 3 jährig, von Sämlingsunterlage, Stammhöhe 80 - 120 cm

Pflanzverband: Reihen- und Pflanzabstand 1,25 x 1,25 m auf Lücke. Alle Straucharten sind zu gleichen Anteilen in Gruppen von 3 - 7 Exemplaren zu pflanzen.

Einzäunung: Die Anpflanzung ist allseitig zum Schutz vor Verbiss 5 - 8 Jahre lang mit einem Wildschutzzaun einzuzäunen. Der Wildschutzzaun ist anschließend zu entfernen. Eine dauerhafte Einzäunung der Anpflanzung ist nur an der dem inneren Bereich des Plangebietes zugewandten Seite des Pflanzstreifens zulässig.

Umsetzung: Die Anpflanzung erfolgt durch den Vorhabenträger in der ersten Pflanzperiode (November bis April) nach Beginn der Baumaßnahmen im jeweiligen Teilbereich.

Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Ausfälle von mehr als 10 % sind unverzüglich in der folgenden Pflanzperiode gleichartig zu ersetzen.

Erhalt von Einzelbäumen

Zur Minimierung der Beeinträchtigungen des Schutzgut Pflanzen wird eine Festsetzung zum Erhalt von Bäumen getroffen. Innerhalb der 2 m breiten gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Fläche zum Erhalt von Bäumen ist der Baumbestand zu erhalten.

3.3 Immissionsschutz

Lärmimmissionen

Es bestehen Verkehrslärmimmissionen durch den Bahnverkehr der nördlich verlaufenden Bahnstrecke, die auf das Plangebiet einwirken. Für die geplante Darstellung und Nutzung im Plangebiet als Fläche für Photovoltaikanlagen entstehen keine Konflikte.

Lichtemissionen

Etwaige Lichtreflexionen durch die zukünftig aufgestellten PV-Elemente dürfen den angrenzenden Bahnverkehr nicht beeinträchtigen. Evtl. Schutzmaßnahmen betreffen die nachfolgende Durchführung des Bebauungsplanes.

3.4 Verkehr

Die *verkehrliche Erschließung* des Plangebietes erfolgt über den nördlich verlaufenden Wirtschaftsweg.

4. UMWELTBERICHT GEMÄSS § 2 A BAUGB

Die Umweltprüfung wird für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 a-j und § 1 a BauGB durchgeführt, indem die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und bewertet werden. Im Umweltbericht sind die aufgrund der Umweltprüfung nach § 2 Abs.4 BauGB ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen.

4.1 Inhalt und Ziele des Bebauungsplanes

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 26 sollen eine geordnete städtebauliche Entwicklung angestrebt und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen geschaffen werden. Aufgrund von Art und Umfang des Vorhabens sowie dessen Lage im Außenbereich ist zur Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen ebenfalls die Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich. Die Fläche ist derzeit unbebaut und wird weitestgehend ackerbaulich genutzt.

Bezüglich weiterer Erläuterungen zu den Inhalten und städtebaulichen Zielen der Planung wird auf Kapitel 2 der Begründung – Allgemeine Ziele, Zweck und Erforderlichkeit der Planung – verwiesen.

4.2 Rechtliche Rahmenbedingungen sowie umweltschutz- und planungsrelevante Fachgesetze und Fachpläne

Für die Erarbeitung des Umweltberichts sind, auf das Vorhaben bezogen, neben den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) folgende Rechtsvorschriften und Fachpläne relevant:

- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG),
- Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG),
- Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG),
- Fortschreibung Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Rotenburg/Wümme (2015).

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) / Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)

Über die in § 1 BNatSchG allgemein formulierten Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege hinaus ist das 5. Kapitel des Bundesnaturschutzgesetzes von Bedeutung. In diesem Abschnitt werden Schutz und Pflege wildlebender Tier- und Pflanzenarten geregelt.

Darin nennt § 37 BNatSchG die Aufgaben des Artenschutzes:

- *den Schutz der Tiere und Pflanzen wildlebender Arten und ihrer Lebensgemeinschaften vor Beeinträchtigungen durch den Menschen und die Gewährleistung ihrer sonstigen Lebensbedingungen,*
- *den Schutz der Lebensstätten und Biotope der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten sowie*
- *die Wiederansiedlung von Tieren und Pflanzen verdrängter wildlebender Arten in geeigneten Biotopen innerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebietes.*

Für die besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten im Sinne von § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG trifft das Bundesnaturschutzgesetz in § 44 BNatSchG besondere Regelungen. Der Schutz umfasst die wildlebenden Tiere und Pflanzen im o.g. Sinne sowie auch die europäischen Vogelarten einschließlich ihrer Fortpflanzungs- und Ruhestätten.

Die rechtlichen Grundlagen zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten sind in den §§ 38 (zum allgemeinen Arten-, Lebensstätten- und Biotopschutz), 39 (allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen) und 44 (besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten) des BNatSchG festgelegt. Danach ist es verboten, ohne vernünftigen Grund Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten zu zerstören oder sonst erheblich zu beeinträchtigen oder wildlebende Tiere mutwillig zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen oder zu töten.

Das NAGBNatSchG enthält einige Niedersachsen bezogene Abweichungen und Ergänzungen zum BNatSchG.

Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)

Zweck des Bundesimmissionsschutzgesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen und, soweit es sich um genehmigungsbedürftige Anlagen handelt, auch vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen, die auf andere Weise herbeigeführt werden, zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.

Fortschreibung Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Rotenburg/Wümme (LRP, 2015)

Der Landschaftsrahmenplan trifft folgende Aussagen zum Plangebiet:

Karte I: Arten und Biotope

Das Plangebiet beinhaltet nach dem LRP ausschließlich Biotoptypen von sehr geringer Bedeutung.

Karte II: Landschaftsbild

Das Plangebiet liegt südlich der Bahntrasse zwischen Lauenbrück und Scheeßel an. Das Plangebiet liegt in einer Landschaftseinheit, welche struktur- und gehölzreiche Grünlandkomplexe beinhaltet. Die Landschaftseinheit ist von mittlerer Bedeutung. Südöstlich grenzt eine Landschaftseinheit mit hoher Bedeutung und als Vogel Rastplatz Gebiet an.

Karte III: Boden

Nach dem LRP beinhaltet das Plangebiet keine Böden mit natur- und kulturgeschichtlicher Bedeutung. Südlich anliegende Flächen haben ein kohlenstoffhaltigen Boden mit Treibhausgas-Speicherpotential, welches durch die derzeitige Nutzung beeinträchtigt ist.

Karte IV: Wasser- und Stoffretention

Nach dem LRP beinhalten das Plangebiet sowie die angrenzenden Flächen keine Darstellungen. Südlich angrenzend entwässerte Nieder-, Übergangs- und Hochmoorböden sowie anmoorige Böden.

Karte V: Zielkonzept

Nach dem LRP werden für das Plangebiet und den angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen als Ziel die umweltverträgliche Nutzung beschrieben

Karte VI: Schutz, Pflege und Entwicklung best. Teile von Natur u. Landschaft

Das Plangebiet sowie die umliegenden Flächen beinhalten keine Schutzgebiete und -objekte. Südlich liegt ein Gebiet das die Voraussetzungen für ein Naturschutzgebiet erfüllt.

Weitere Grundlagen für die Ermittlung der Auswirkungen des geplanten Vorhabens sind:

- Dipl.-Biol. Elisabeth Woesner: Planung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in Lauenbrück Südlicher Teil -Biotoptypenkartierung und Flora (09/2021, Oldenburg),

-
- IDN: Ergebnisse der Brutvogelkartierung für die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage bei Lauenbrück (10/2021, Oyten),
 - Kartenserver LBEG (<http://nibis.lbeg.de/cardomap3/>),
 - Niedersächsische Umweltkarte (<https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/Um-weltkarten/>)
 - Fortschreibung Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Rotenburg/Wümme (2015)

4.3 Beschreibung und Bewertung des Umweltzustandes

Der Umweltzustand und die besonderen Umweltmerkmale im derzeitigen Ist-Zustand (Basisszenario), bei Nichtdurchführung und Durchführung der Planung sowie die mit der Planung verbundenen Umweltauswirkungen werden nachfolgend auf das jeweilige Schutzgut bezogen dargestellt.

4.3.1 Schutzgut Boden und Wasser

Boden

Das Plangebiet liegt in der naturräumlichen Region der Wümmeniederung und dort in der Untereinheit der Veeseeder Moore. Nach der Bodenkarte von Niedersachsen (BK50; 1:50.000) ist im Plangebiet ausschließlich der Bodentyp Gley-Podsol vorhanden. Dieser ist ursprünglich ein ertragsarmer grundwasserbeeinflusster Boden. Die Bodeneigenschaften sind sandig, nährstoffarm, sauer und stehen einem optimalen Wachstum der meisten Nutzpflanzen entgegen. Das Plangebiet liegt in der Bodenlandschaft der Talsandsiederungen. Im Änderungsbereich befindet sich kein schutzwürdiger Boden. Südlich im Übergang zu dem anliegendem Moor wird in der Bodenkarte ein Erdhochmoor gekennzeichnet.

Bei einer Nichtdurchführung der Planung würde die Fläche im Plangebiet weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden und der Versiegelungsgrad würde unverändert bleiben. Zudem würde der Acker seine Bodeneigenschaften nicht weiter verlieren.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Das Plangebiet wird ausschließlich ackerbaulich genutzt. Mit der Ausweisung einer Sonderbaufläche für Photovoltaik wird eine derzeit unbebaute Fläche mit baulichen Anlagen überbaut werden können. Während der Bauzeit können aller Voraussicht Abgrabungen und Aufschüttungen von Böden erfolgen. Dementsprechend ergeben sich mit dem geplanten Vorhaben erhebliche Beeinträchtigungen durch Versiegelung, Überbauung, Abgrabung und Aufschüttung, der bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche. Versiegelter Boden verliert dahingehend vollständig seine Funktionen als Regulationsfaktor für den Boden- und Bodenwasserhaushalt (Puffer- und Filterfunktion), seine Funktion als Pflanzenstandort und Lebensraum für Organismen. Hierfür sind entsprechende Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Ein schutzwürdiger Boden wird nicht in Anspruch genommen. Das Erdhochmoor liegt außerhalb des Plangebietes.

Wasser

Die Grundwasserneubildungsrate im langjährigen Mittel beträgt, laut Hydrogeologischer Karte von Niedersachsen (1:200.000) 250 - 300 mm/a und ist damit als mittel eingestuft. Die Gefährdung des Grundwassers wird im gesamten Plangebiet als hoch eingestuft. Nach der Hydrogeologischen Karte liegt der Grundwasserstand im Plangebiet bei ~ + 27,5 bis 30 m NHN und somit ca. 0 m bis 3 m unter Geländeoberkante (GOK).

Oberflächengewässer sind im Plangebiet bzw. angrenzend nicht vorhanden. Das Plangebiet selbst sowie an den Rändern des Plangebietes verlaufen Entwässerungsgräben. Diese bleiben weiterhin bestehen. Zudem liegt das Plangebiet in keinem Wasserschutzgebiet.

Bei einer Nichtdurchführung der Planung kann das Niederschlagswasser auch zukünftig ungehindert auf der landwirtschaftlichen Fläche versickern.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Mit der Ausweisung einer Sonderbaufläche für Photovoltaik wird eine derzeit unbebaut Fläche mit baulichen Anlagen überbaut werden können. Durch damit verbundene Flächenversiegelungen kann das Oberflächenwasser zukünftig nicht mehr ungehindert vor Ort versickern. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die versiegelbare Fläche nur einen kleinen Teil der Gesamtfläche in Anspruch nehmen wird und das anfallende Oberflächenwasser weiterhin im Plangebiet versickern kann.

Demzufolge sind erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Wasser nicht oder nur im geringen Umfang zu erwarten, sodass Kompensationsmaßnahmen sind nicht erforderlich werden.

4.3.2 Schutzgut Fläche

Der durchschnittliche Versiegelungsgrad, d.h. der Anteil der versiegelten Böden an der Gesamtfläche der Gemeinde Lauenbrück beträgt 5,95 % (Stand: 31.12.2019), gemäß der Karte „Grad der Bodenversiegelung auf Gemeindeebene“ (1:500.000).

Ohne die Durchführung der Planung würde sich der Versiegelungsgrad in der Gemeinde Lauenbrück derzeit nicht erhöhen, jedoch die angestrebte Energiewende mit regenerativen Energien kaum realisieren lassen. Im landesweiten Vergleich ist die Versiegelung in der Gemeinde Lauenbrück als gering zu bezeichnen, aktuell sind in Niedersachsen 6,4 % der Landesfläche versiegelt.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Mit dem geplanten Vorhaben und der Ausweisung einer Sonderbaufläche für Photovoltaikanlagen kann eine dauerhafte Versiegelung im Plangebiet zugelassen werden und der Versiegelungsgrad in der Gemeinde Lauenbrück wird sich dadurch geringfügig erhöhen. Der Versiegelungsgrad bei Freiflächenphotovoltaikanlagen ist jedoch sehr gering, sodass mit der Änderung keine wesentlichen statistischen Auswirkungen zu erwarten sind. Mit parallel aufzustellenden Bebauungsplanverfahren wird eine maximal zu versiegelbare Fläche festgesetzt. Der Eingriff ist in Bezug auf das Schutzgut Fläche als vertretbar anzusehen.

4.3.3 Schutzgut Klima/Luft

Das Plangebiet befindet sich westlich außerhalb der Ortslage von Lauenbrück, südlich der Bahntrasse zwischen Lauenbrück und Scheeßel. Das Plangebiet beinhaltet bis auf einen Graben und kleinere Gehölzbestände ausschließlich eine Ackerfläche. Südöstlich grenzt das Büschelsmoor an. Umliegend weitere landwirtschaftliche Freiflächen und Wälder. Die landwirtschaftlichen, Wald- und Moorflächen beinhalten großräumige Frisch-/ Kaltluftentstehungsgebiete. Derzeit gilt das Schutzgut Klima/Luft im Plangebiet als unbeeinträchtigt.

Bei einer Nichtdurchführung der Planung würde die Ackerfläche auch weiterhin ihren Beitrag zur Frischluftentstehung beitragen.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Durch die mögliche Errichtung von Photovoltaikanlagen wird eine landwirtschaftliche Fläche überbebaut, sodass in Bezug auf das Mikroklima ein leichter Temperaturanstieg zu erwarten ist. Zu den Immissionsbelastungen gehören zum Beispiel die Herabsetzung der Verdunstung und das Aufwärmen durch Sonnenabstrahlungen. Diese können jedoch durch die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen, welche als Kalt- und Frischluftentstehungsgebiete fungieren, ausgeglichen werden. Dementsprechend sorgen die umliegenden Flächen auch weiterhin für einen guten Luftaustausch und die möglichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Klima/Luft liegen unterhalb der Erheblichkeitsschwelle. Zudem dient die Bereitstellung von Flächen für die Photovoltaik der Förderung erneuerbarer Energien, sodass sich durch diese Form der Energiegewinnung positive Auswirkungen auf das Klima ergeben. Kompensationsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

4.3.4 Schutzgut biologische Vielfalt

Pflanzen

Das Plangebiet beinhaltet im Wesentlichen eine Ackerfläche (A). Östlich entlang des Nährstoffreichen Grabens (FGR) befindet sich noch ein kleines Weiden-Sumpfbüsch nährstoffreicher Standorte (BNR) und eine Baumgruppe (HBE).

Nördlich grenzt eine asphaltierte Straße und weiter nördlich zwischen Bahntrasse und Straße liegt ein nährstoffreichen Graben (FGR) und Halbruderale Gras- und Staudenfluren mittlerer Standorte sowie eine Ruderalflur frischer bis feuchter (URF) und trockener Standorte (URT). Westlich grenzen weitere Ackerflächen an. Südlich vor einem größeren Waldgebiet ein kleines extensives Grünland, welches durch einen Entwässerungsgraben zum Plangebiet getrennt ist. Im Bereich der Grenze befindet sich eine lockere Baumhecke (HFB). Östlich liegt eine kleine Ackerfläche vor dem Moorwaldflächen. Detailliertere Ausführungen können aus dem Gutachten (Planung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in Lauenbrück Südlicher Teil -Biototypenkartierung und Flora (Dipl.-Biol. Elisabeth Woesner 09/2021) entnommen werden.

Bei Nichtdurchführung der Planung würde die Fläche im Plangebiet weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden.

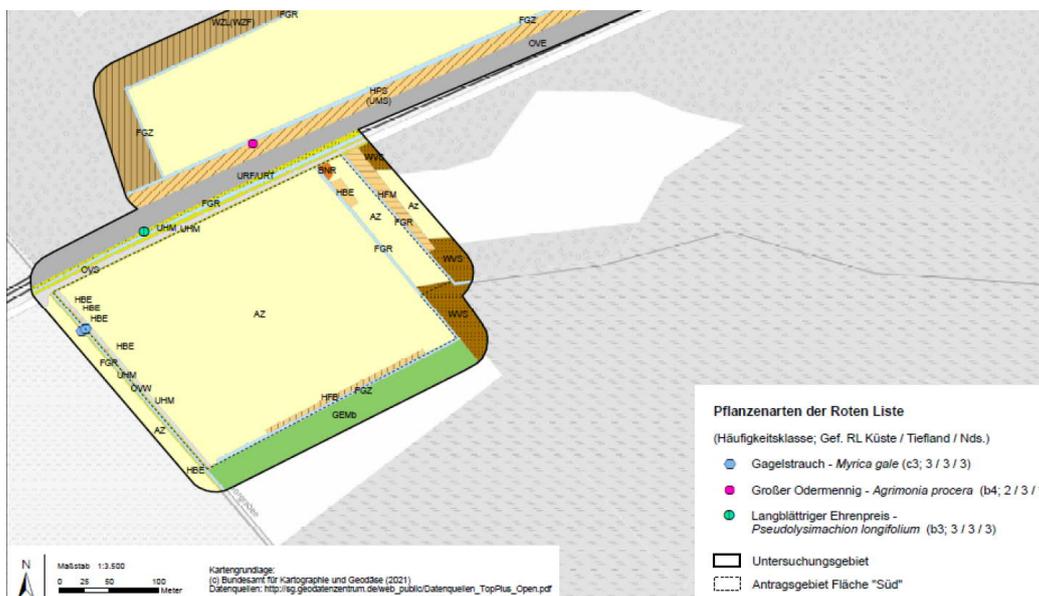


Abb. 3: Biotoptypen und Nutzungen (Quelle: WOESNER, Oldenburg 2021)

(ohne Maßstab)

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Die Bewertung der Biotoptypen folgt der Einstufung der Biotoptypen in Niedersachsen (Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/2012, 2. korrigierte Auflage 2019) in fünf Wertstufen.

Mit dem geplanten Vorhaben ergeben sich aufgrund der geringen Wertigkeit der Biotoptypstrukturen keine erheblichen Beeinträchtigungen. Die mögliche Beseitigung des kleinen Weiden-Sumpfbüschs (BNR) und der Baumgruppe (HBE) können durch die Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern innerhalb des Plangebietes ausgeglichen werden. Die lockere Baumhecke (HFB), die teilweise im Randbereich in das Plangebiet hereinragt, wird durch den Erhalt entlang der südlichen Grenze bestehen bleiben.

Tiere

Im Jahre 2021 erfolgte eine Brutvogelkartierung zur Feststellung der Vogelarten im und um das Änderungsgebiet auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Im Ergebnis brütete innerhalb des Plangebietes der Jagdfasan mit 2-3 Brutpaaren. Dieser ist in seiner Brut jedoch nicht standortgebunden und kann zukünftig in direkter Umgebung erneute Bruterfolge erzielen. Zudem gilt dieser nicht als gefährdet, sodass keine Kompensationsmaßnahmen erforderlich werden. Westlich auf der landwirtschaftlichen Fläche konnte ein Brutplatz der Feldlerche nachgewiesen werden. Da Feldlerchen sehr schreckhafte und scheue Tiere sind, halten sie in der Regel über 100 m Abstand zu Strukturen. Durch die Realisierung der PV-Anlage würde die Feldlerche an dem kartierten Standort nicht mehr brüten können, weshalb für den Verlust Maßnahmen für die Lerche an anderer Stelle getroffen werden müssen.

Ohne die Durchführung der Planung würde die Fläche im Plangebiet weiterhin intensiv landwirtschaftlich genutzt werden.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Während der Bautätigkeit können zeitweilig größere Störeinflüsse aufgrund von Lärm und Staub im Plangebiet auftreten. Die Artenvielfalt ist aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzung im Plangebiet eher gering einzustufen. Im Umfeld jedoch aufgrund der großen Moor, Wald- und landwirtschaftlichen Flächen hoch. Gerade der südliche Moorkomplex wird für Brutvögel als wertvoller Bereich eingeschätzt. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes für ein Sondergebiet für Photovoltaikanlagen sind jedoch in Berücksichtigung der Kartiererergebnisse keine erheblichen Beeinträchtigungen im Plangebiet zu erwarten. Beim Bau der Anlagen können sich zeitweise Störeinflüsse auf die Umgebung ergeben. Diese sind jedoch zeitlich begrenzt und somit vertretbar. Beeinträchtigungen auf den für Brutvögel hochwertigen anliegenden Bereich können ausgeschlossen werden. Um einen mit dem geplanten Vorhaben möglichen artenschutzrechtlichen Konflikt ausschließen zu können, sind bei der Durchführung der Planung Vermeidungsmaßnahmen zu berücksichtigen (siehe Kap. 7 Artenschutz). Eine Kompensation für das Schutzgut Tiere wird für das kartierte Feldlerchenpaar erforderlich, da mit dem Heranrücken der baulichen Anlagen der naheliegende Brutplatz vermutlich nicht mehr in Anspruch genommen wird.

4.3.5 Schutzgut Landschaft

Das Landschaftsbild wird von einer landwirtschaftlichen Grünländern und ackerbaulichen Nutzungen sowie geschlossenen Moorwaldbereichen geprägt. Die nördliche Straße und die Bahnverbindung zwischen Scheeßel und Lauenbrück stellen Beeinträchtigungen hinsichtlich des Landschaftsbildes dar. Die Straße wird jedoch auch als regional bedeutsamer Fahrradweg im RROP dargestellt und dient somit auch der Erlebbarkeit der Natur und Landschaft.

Bei einer Nichtdurchführung der Planung würden die Flächen im Plangebiet weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden und eine Aufstellung von Photovoltaikanlagen wäre nicht zulässig.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Während der Bauzeit könnten sich aufgrund von Baufahrzeugen kurzzeitig höhere Lärmimmissionen ergeben. Zudem werden während der Bauphase der Baubetrieb und die Baustelle visuell wahrnehmbar sein. Das Landschaftsbild wird mit der Errichtung von Photovoltaik-Freianlagen weiter vor Ort überprägt. Es wird ein Raum in Anspruch genommen, der aufgrund der zum einen Vorbelastungen der Bahnlinie und die intensive landwirtschaftliche Nutzung beinhaltet, andererseits jedoch auch umliegend hochwertige Strukturen von besonderer Bedeutung für das Landschafts- und Ortsbild aufweist. Von den geplanten Anlagen gehen bei einer Beschränkung der baulichen Anlagen von einer Höhe bis 3,5 m keine weitreichenden optisch störenden Fernwirkungen aus. Um mögliche Sichtwahrscheinlichkeiten in der direkten Umgebung jedoch zu minimieren, wird das Sondergebiet zur freien Landschaft mit einer Hecke eingegrünt. Dadurch können erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Landschaft auf ein Mindestmaß reduziert werden. Zusätzliche Kompensationsmaßnahmen sind für das Schutzgut Landschaft nicht zu erwarten.

4.3.6 Schutzgut Mensch / menschliche Gesundheit

Wohnumfeld

Wohnbebauungen sind in der Umgebung nicht vorhanden. Auswirkungen oder Konflikte diesbezüglich sind nicht zu erwarten.

Erholung

Das Regionale Raumordnungsprogramm (2020) sieht für das Plangebiet sowie die umliegenden Flächen keine besondere Erholungsfunktionen vor. Lediglich nördlich des Plangebietes verläuft ein regional bedeutsamer Wanderweg (Radfahren) entlang der Bahntrasse. Die weiteren umliegenden landwirtschaftlichen Wege können zur Feierabenderholung genutzt werden. Südlich grenzt ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft an.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Aufgrund der direkten Lage an der Bahntrasse wird dem Plangebiet keine besondere Bedeutung für die Naherholung beigemessen. Die umgebenden land- und forstwirtschaftlichen Bereiche sowie die umgebenden landwirtschaftlich genutzten Wege können auch weiterhin für die Nah- und Feierabenderholung genutzt werden. Um die Sichtbeziehungen zu den Photovoltaikanlagen zu minimieren, sind Eingrünungsmaßnahmen im Bebauungsplanverfahren zu prüfen. Des Weiteren gehen von den Solarmodulen keine betriebsbedingten Lärmemissionen aus. Lediglich von den Trafogebäuden sind örtlich begrenzte, geringe Lärmemissionen zu erwarten. Während der Bauzeit könnten sich aufgrund von Baufahrzeugen kurzzeitig höhere Lärmmissionen ergeben. Zudem werden während der Bauphase der Baubetrieb und die Baustelle visuell wahrnehmbar sein. Diese Auswirkungen sind jedoch nur temporär und werden einen Zeitraum von wenigen Wochen betreffen. Erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Mensch sind mit dem geplanten Vorhaben nicht zu erwarten. Kompensationsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

4.3.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Kultur- und sonstige Sachgüter sind innerhalb des Plangebietes nicht vorhanden.

Bewertung, Auswirkungen der Planung

Nachteilige Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter sind nicht zu erwarten.

4.3.8 Auswirkungen auf das Wirkungsgefüge der einzelnen Schutzgüter (Wechselwirkungen)

Beeinträchtigungen des Schutzgutes	⇒ Wirkung auf das Schutzgut
Boden und Wasser	Tiere und Pflanzen
Überbauen, Versiegeln, Aufschütten, Abgraben, Einbringen von Fremdmaterialien innerhalb des geplanten Allgemeinen Wohngebietes	Verlust, Veränderung, Störung von Lebensräumen oder Teillebensräumen
	Landschaft

tes und Straßenverkehrsfläche	Verstärkte technische Überprägung eines bereits vorbelasteten Kulturlandschaftsbereiches
	Klima/ Mensch
	Aufwärmung, Verstärkung der Staubentwicklung
Landschaft	Mensch
Verstärkte technische Überprägung des Landschaftsraumes, Immissionsbelastungen	Weitere Einschränkung des Landschaftserlebens

4.3.9 Entwicklung des Gebietes ohne Verwirklichung des Vorhabens (Nullvariante)

Ohne Verwirklichung des Vorhabens würde die Fläche im Plangebiet voraussichtlich weiterhin ackerbaulich genutzt werden. Eine Nutzung von Photovoltaikanlagen wäre nicht zulässig.

4.4 Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen auf Natur und Landschaft

Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Bau- und Naturschutzrecht sind durch § 18 BNatSchG miteinander verknüpft. Im Rahmen der Abwägung sind durch Anwendung der Eingriffsregelung nach dem Naturschutzgesetz gemäß § 1 a Abs. 2 und Abs. 3 BauGB auch die Vermeidung und der Ausgleich zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft zu berücksichtigen.

Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne von § 14 BNatSchG sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können. Es gilt der Grundsatz, dass Eingriffe die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild nicht mehr als unbedingt nötig beeinträchtigen dürfen (§ 15 BNatSchG).

- Diesem Grundsatz wird Rechnung getragen, indem ein Standort gewählt wurde,
- der eine sehr geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften hat
 - der landwirtschaftlich geprägt ist,
 - der durch seine Lage an der Bahntrasse bereits baulich vorgeprägt ist,
 - der in Bezug auf das Landschaftsbild von mittlerer Bedeutung ist,
 - der eine Höhe von baulichen Anlagen auf max. 3,5 m über Geländeoberkante begrenzt
 - der nicht von baulichen Anlagen überdeckte Flächenanteil als Extensivgrünland bewirtschaftet werden kann,
 - der durch vorhandene Wälder und Gehölzstrukturen zum Teil bereits gut eingegrünt wird, und
 - der bereits ausgebaute Wege nutzt

Schutzgut / Wirkfaktor	Beeinträchtigungen
Schutzgut Boden	
Inanspruchnahme von unbebauten Bö-	<u>Baubedingt:</u>

den (Sondergebiet)	Die Bauarbeiten (Lagerung von Baumaterialien, Baustellenverkehr) führen zu Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen durch Verdichtungen. Nach Bauende sind Bodenverdichtungen durch Lockerung des Bodens zu minimieren. → <i>Keine dauerhaften erheblichen Beeinträchtigungen</i>
	<u>Anlagenbedingt:</u> Durch Versiegelungsmöglichkeiten in den Sondergebieten entsteht ein Verlust / Beeinträchtigung der Bodenfunktionen von Boden. → <i>Erhebliche Beeinträchtigung</i>
<i>Schutzgut Wasser</i>	
Inanspruchnahme von unbebauten Böden (Sondergebiet)	<u>Baubedingt:</u> Keine Auswirkungen zu erwarten. → <i>Keine erhebliche Beeinträchtigung</i>
	<u>Anlagenbedingt:</u> Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers in den Teilbereichen. → <i>Keine erhebliche Beeinträchtigung</i>
<i>Schutzgut Klima/Luft</i>	
Inanspruchnahme von unbebauten Böden (Sondergebiet)	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauphase könnten sich temporär geringfügig höhere Immissionsbelastungen durch Baumaschinen /-fahrzeuge ergeben. → <i>Keine erhebliche Beeinträchtigung</i>
	<u>Anlagenbedingt:</u> Großräumige Frisch- u. Kaltluftentstehungsgebiete vorhanden. → <i>Keine erhebliche Beeinträchtigung</i>
<i>Schutzgut biologische Vielfalt</i>	
Inanspruchnahme von Vegetationsflächen (Sondergebiet)	<u>Baubedingt:</u> Mögliche Beseitigung von einzelnen Gehölzstrukturen → <i>Erhebliche Beeinträchtigung</i>
	<u>Anlagenbedingt:</u> Geringfügige Überplanung von Biotoptypen mittlerer Bedeutung → <i>Erhebliche Beeinträchtigung</i>
<i>Schutzgut Landschaft</i>	
Inanspruchnahme von Vegetationsflächen (Sondergebiet)	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauphase sind der Baubetrieb und die Baustelle visuell wahrnehmbar und stellen eine temporäre Beeinträchtigung dar. → <i>Keine erhebliche Beeinträchtigung</i>
	<u>Anlagenbedingt:</u> Errichtung von baulichen Anlagen in der freien Landschaft → <i>Erhebliche Beeinträchtigung</i>
<i>Schutzgut Mensch</i>	
Inanspruchnahme von Vegetationsflächen	<u>Baubedingt:</u> Während der Bauphase sind der Baubetrieb und

(Sondergebiet)	die Baustelle visuell wahrnehmbar. → <i>Keine erhebliche Beeinträchtigung</i>
	<u>Anlagenbedingt:</u> Es werden weitere bauliche Anlagen errichtet. Eingrünungsmaßnahmen vorgesehen → <i>Keine erhebliche Beeinträchtigung</i>

Die aufgrund der Planung zu erwartenden oben beschriebenen erheblichen Beeinträchtigungen

- des Schutzgutes Boden (durch Abgrabung, Überbauung, Überschüttung, Versiegelung und Einbringen von Fremdmaterialien),
- des Schutzgutes Pflanzen (kleinere Gehölzstrukturen),
- Schutzgut Tiere (Verlust eines Brutstandortes der Feldlerche) und
- des Schutzgutes Landschaftsbild (durch die Errichtung baulicher Anlagen in der freien Landschaft).

sind Eingriffe im Sinne von § 14 BNatSchG. Sie sind durch geeignete Maßnahmen ausgleichbar. Die Ausgleichsmaßnahmen erfolgen zum einen innerhalb des Plangebietes mit der Anpflanzung einer Strauchhecke und der extensiven Bewirtschaftung der verbleibenden Freiflächen zwischen den Photovoltaikmodulen sowie außerhalb des Plangebietes für das betroffene Feldlerchenrevier mit der Bereitstellung eines Blüh-/Brachestreifens und Feldlerchenfensters.

Der sich aufgrund der Planung ergebende Ausgleichsbedarf wird unter Berücksichtigung der vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie 1994 herausgegebenen "Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung" berechnet (aktualisierte Fassung, MU: Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/2006).

Schutzgut Boden

Plangebiet gesamt: ca. 71.930 m ²
Davon: <ul style="list-style-type: none"> - Sonstiges Sondergebiet „Photovoltaik“: ca. 71.930 m² - davon ausgenommen eine Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern von ca. 690 m² für das Schutzgut Pflanzen
Bezüglich der Versiegelung und der sonstigen Nutzung der Sondergebiete (SO) „Photovoltaik“ wird von der höchstzulässigen Versiegelung im SO von 66 % ausgegangen. ca. 71.930 m ² x 0,66 = ca. 47.475 m ²
<i>Betroffenes Schutzgut: Boden</i> Ausgleichsfaktor: 1:0,5 Ausgleichsbedarf: ca. 47.475 m ² x 0,5 => <u>ca. 23.740 m²</u>
Ausgleichsbedarf Schutzgut Boden: <u>ca. 23.740 m²</u>
<u>Intern:</u> <ul style="list-style-type: none"> • <u>ca. 23.765 m²</u> (ca. 24.455 m² - ca. 690 m² Anpflanzfläche) Fläche für Maßnah-

men zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft: mind. 66 % des Sondergebietes (Flächen die nicht von baulichen Anlagen überdeckt werden)

Schutzgut Pflanzen

Durch die geplante Errichtung von Photovoltaikanlagen sind die Beseitigung des kleinen Weiden-Sumpfbüsches (BNR) von ca. 150 m² und der Verlust der Baumhecke (HBE) von ca. 300 m² zulässig. Der dadurch entstehende Ausgleichsbedarf für das Schutzgut Pflanzen von ca. 450 m² kann in der Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (ca. 690 m²) ausgeglichen werden.

Schutzgut Tiere

Um die Population der Feldlerche vor Ort zu stärken ist auf dem Flurstück 118 der Flur 1 in der Gemarkung Lauenbrück (siehe Anlage 1) die Anlage eines Blüh-/Brachestreifens von ca. 2.000 m² vorgesehen. Diese Größenordnung kann eine Kompensationswirkung auf bis zu 4 ha umgebender intensiv genutzter Ackerlandschaft entfalten. Das entspricht ungefähr der Größe eines Feldlerchenreviers.

Die Kompensationsmaßnahme muss sich in ausreichender Entfernung zu potentiellen Stör- und Gefahrenquellen befinden. Gleichzeitig bleibt die Maßnahme bei fehlendem Vorkommen der Art, aufgrund der Reviertreue, ohne Wirksamkeit. Demnach sollte die Maßnahme möglichst nahe zu bestehenden Vorkommen liegen. Nach dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ (MKULNV NRW, 2013) sollten die Maßnahmen für die Art nicht weiter als 2 km entfernt liegen. Das o.g. Flurstück befindet sich ca. 800 m vom Geltungsbereich des B-Planes entfernt und ist demzufolge geeignet. Weiterhin liegt das Flurstück in einem intensiv landwirtschaftlich genutzten Raum. Die durchzuführende Ausgleichsmaßnahme ist dem Plangebiet zugeordnet. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt nach Beginn von Baumaßnahmen im Plangebiet. Die Sicherung und Umsetzung der externen Ausgleichsfläche erfolgen über einen städtebaulichen Vertrag.

Zur Erstinstandsetzung hat eine Ansaat mit der Saatgutmischung „24 NI Mehrjährige Blühstreifen BS 2 Niedersachsen“ mit 70 % Wildpflanzen (Regiosaatgut) und 30 % Kulturarten zu erfolgen. Das Saatgut ist bis spätestens 20.03. in einer Aussaatstärke von mindestens 7 kg/ha plus Füllstoff (insg. 10 kg/ha) auszubringen. Zur Abgrenzung gegenüber der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind Eichenspaltpfähle in einem Abstand von ca. 25 m zu berücksichtigen. Der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemittel ist im Blüh- und Brachestreifen nicht zulässig. Der Blüh-/Brachestreifen soll sich überwiegend selbst überlassen werden. Um Gehölzaufwuchs zu vermeiden, ist eine jährliche Mahd ab September zulässig.

Als weitere populationsstärkende Maßnahme ist auf dem o.g. Flurstück, eher im mittleren Bereich des Flurstückes (siehe Anlage 1), aufgrund von umliegenden Gehölz-/Waldbestand, die Schaffung von 5 Feldlerchenfenster von je 20 m² vorgesehen.

Dabei ist folgendes zu beachten:

- Auf 1 ha Ackerfläche sind jedes Jahr 5 Fenster von jeweils mindestens 20 m² Größe anzulegen.
- Die Fenster müssen mindestens 100 m Abstand zu geschlossenen Ortschaften und Baumbeständen einhalten, denn beides meidet die Feldlerche weiträumig.

-
- Weiterhin müssen mindestens 50 m Abstand zu Straßen, Strauchhecken und Greifvogelansitzen eingehalten werden.
 - Der Abstand zu den Fahrgassen sollte möglichst groß gehalten werden, da diese von Fressfeinden wie Fuchs oder Katze als Wege genutzt werden.
 - Die Lerchenfenster dürfen nicht in Wintergerste angelegt werden, denn häufig ist zum Zeitpunkt der Ernte die Brut noch nicht beendet.
 - Die Fenster können entweder direkt während der Aussaat durch Anheben der Sämaschine angelegt werden oder anschließend durch mechanische Mittel Grubbern oder Fräsen. In diesem Fall muss jedoch darauf geachtet werden, dass möglichst wenig Getreide wieder aufläuft.
 - Die Fenster müssen nicht frei von Bewuchs sein, sollten jedoch deutlich weniger dicht mit Getreide bewachsen sein als der umgebende Bestand.
 - Der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemittel in den Feldlerchenfenster ist, innerhalb der Brutzeit (Anfang März bis Ende Juli) nicht zulässig.
 - Die Standzeit der Feldlerchenfenster ist abhängig vom Saat- und Erntezeitpunkt der jeweiligen Kultur. Die Fenster sollten jedoch bis zum 31.07. eines jeden Jahres bestehen bleiben.

Schutzgut Landschaft

Die Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Landschaft werden mit der Eingrünung kompensiert.

Der Ausgleich für die mit dem geplanten Vorhaben verbundenen erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden, Pflanzen, Tiere und Landschaftsbild erfolgen zum einen innerhalb des Plangebietes durch Eingrünungsmaßnahmen am Rand zur freien Landschaft und der extensiven Bewirtschaftung der Flächen im Sondergebiet, die nicht von baulichen Anlagen überdeckt werden und zum anderen außerhalb des Plangebietes mit der Anlage eines Blüh-/Brachestreifens und Feldlerchenfenster. Die Details zu den Anpflanzungsmaßnahmen und zur extensiven Bewirtschaftung sind dem Kap. 3.2.5 zu entnehmen. Die Kompensation des Schutzgutes Tiere erfolgt außerhalb des Plangebietes. Dahingehend wird der erforderliche Ausgleichsbedarf für die genannten Schutzgüter vollständig erbracht.

4.5 Planungsalternativen unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

Die Gemeinde Lauenbrück hat sich intensiv mit potentiellen Standorten für PV-Freiflächenanlagen auseinandergesetzt, favorisierte Flächen benannt und die beanspruchte Fläche als geeignet angesehen (Potenzialflächenanalyse Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Gemeinde Lauenbrück, Juli 2022). Die Fläche hat insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial mit anderen Nutzungen. Sie liegt zwar innerhalb einer Vorbehaltsfläche für die Landwirtschaft nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm, ist jedoch im Rahmen der Abwägung aller Belange als geeignet und raumverträglich bewertet worden. Im Wesentlichen trägt hier auch die Vorbelastung der Bahntrasse zur Standortentscheidung bei, da die Gemeinde die Bereiche favorisiert, die bereits durch Bauwerke und Infrastrukturtrassen geprägt sind. Dahingehend soll im Gemeindegebiet das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 26 nun als erste Freiflä-

chenanlage im Gemeindegebiet ausgewiesen werden. Die Ausweisung weiterer Sondergebiete obliegt der Gemeinde in Abstimmung mit der Gemeinde und hat dann in weiteren Bauleitplanverfahren zu erfolgen.

4.6 Erläuterungen und Hinweise zur Durchführung der Umweltprüfung

Bei der Zusammenstellung der erforderlichen Angaben haben sich keine Probleme ergeben.

Angewendete Verfahren

Die Biotoptypenkartierung sowie die Untersuchungen der Avifauna erfolgte auf der Grundlage einer Ortsbesichtigung.

4.7 Maßnahmen des Monitorings

- Überprüfung der gemäß der textlichen Festsetzung Nr. 4 umgesetzten Anpflanzungsmaßnahme auf den Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern zu Beginn der Vegetationsperiode und im 3. Jahr nach Anpflanzung. Als angewachsen gilt ein Gehölz, wenn ein erkennbarer Austrieb stattgefunden hat. Die Überprüfung wird nach 7 Jahren zum letzten Mal durchgeführt und dokumentiert. Die Ergebnisse der Überprüfung sind als Protokoll und Fotodokumentation bei der Gemeinde Lauenbrück zu hinterlegen.
- Die Entwicklungen der gemäß der textlichen Festsetzung Nr. 1 umzusetzenden extensiven Bewirtschaftungen der Bodenoberfläche in dem Sondergebiet sind zu protokollieren. Der Ist-Zustand ist zu Beginn der Vegetationsperiode aufzunehmen und als Protokoll und Fotodokumentation bei der Gemeinde Lauenbrück zu hinterlegen. Des Weiteren sind der Bestand und die Entwicklung des Extensivgrünlandes nach 5 und 10 Jahren noch einmal zu kontrollieren und als Protokoll und Fotodokumentation bei der Gemeinde Lauenbrück zu hinterlegen.
- Die Entwicklung der externen Ausgleichsmaßnahmen auf dem Flurstück 118 der Flur 1 in der Gemarkung Lauenbrück ist zu protokollieren. Der Ist-Zustand ist zu Beginn der Vegetationsperiode aufzunehmen und als Protokoll und Fotodokumentation bei der Gemeinde Lauenbrück zu hinterlegen. Des Weiteren sind der Bestand und die Entwicklung des Blüh- und Brachestreifens nach 5 und 10 Jahren noch einmal zu kontrollieren und als Protokoll und Fotodokumentation bei der Gemeinde Lauenbrück zu hinterlegen. Im Rahmen eines jährlich anzulegenden Bewirtschaftungsprotokoll ist die Einhaltung der Bewirtschaftungsaufgaben darzulegen. Das Protokoll ist bei der Gemeinde Lauenbrück zu hinterlegen.

4.8 Ergebnis der Umweltprüfung

Nachteilige Umweltauswirkungen sind aufgrund der Planung als Ergebnis der Umweltprüfung nicht zu erwarten.

5. ARTENSCHUTZ

Der § 39 BNatSchG bezieht sich auf die allgemeinen Verbote des Artenschutzes und somit auf alle wildlebenden Tiere und Pflanzen sowie ihre Lebensstätten. Für die Bauleitplanung sind jedoch besonders und streng geschützte Arten des § 44 BNatSchG zu beachten.

Artenschutzrechtliche Verbote greifen grundsätzlich erst bei der Realisierung konkreter (Bau)Vorhaben. Im Rahmen der Bauleitplanung ist jedoch bereits zu prüfen, ob einer Planumsetzung nicht überwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse entgegenstehen. Das betrifft speziell die Zugriffsverbote der besonders und streng geschützten Arten nach § 44 des BNatSchG, die der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben dienen. Zu den besonders geschützten Arten zählen die Tier- und Pflanzenarten nach Anhang A und B der Europäischen Artenschutzverordnung, Tier- und Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie und die europäischen Vogelarten sowie die Tier- und Pflanzenarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 BNatSchG aufgeführt sind. Zu den streng geschützten Arten gehören die Arten nach Anhang A der Europäischen Artenschutzverordnung, die Arten nach Anhang IV der FFH-RL sowie Tier- und Pflanzenarten, in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 2 BNatSchG aufgeführt sind.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten:

1. wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten, während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Die Zugriffsverbote werden durch Sonderregelungen des § 44 Abs. 5 BNatSchG weiter modifiziert. Darin heißt es, dass die ökologischen Funktionen der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden. Für die Bauleitplanung sind demnach die Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie und die europäischen Vogelarten relevant.

Die Anforderungen zum speziellen Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG gelten allgemein und sind bei der Realisierung von Vorhaben relevant. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird jedoch bereits geprüft, ob artenschutzrechtliche Belange der Realisierung der Planung entgegenstehen können und ob Vermeidungs- oder vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind. Die Beurteilung der potentiell betroffenen Artengruppen bzw. das Vorkommen streng geschützter Artengruppen im Plangebiet orientiert sich am realen Bestand und nicht an der planungsrechtlichen Situation, da die Realisierung des Vorhabens ausschlaggebend ist.

§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötungsverbot)Säugetiere

Mit der Durchführung der Planung können Tötungen von Fledermäusen ausgeschlossen werden. Das Plangebiet beinhaltet keine Gebäude und/oder Gehölzbestände, die von Fledermäusen genutzt werden könnten. Ein Verstoß gegen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Vögel

Mit der Durchführung der Planung können auch Tötungen von Vögeln ausgeschlossen werden, wenn die Baufeldfreimachung außerhalb der allgemeingültigen Brut- und Setzzeit (01.04. bis 15.07.) erfolgt. Weiterhin ist über eine Begehung der Bauflächen vor Baubeginn sicherzustellen, dass keine Brutplätze von Vögeln durch die Baumaßnahmen zerstört werden. Ein Verstoß gegen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Sonstige besonders oder streng geschützte Arten

Auswirkungen auf das Tötungsverbot weiterer besonders oder streng geschützter Arten sind innerhalb des Plangebietes nicht zu erwarten.

§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störungsverbot)Säugetiere

Das Plangebiet befindet sich im Außenbereich und ist nur durch die Bahntrasse Störeinträge wie Geräusche und Lichtimmissionen ausgesetzt. Die Trassen und Baum- und Strauchstrukturen werden sehr wahrscheinlich als Jagdareale von Fledermäusen genutzt. Diese Situation wird sich zukünftig mit der Anlage von Photovoltaikanlagen nicht ändern. Eine Störung des Erhaltungszustandes einer lokalen Population kann mit dem geplanten Vorhaben ausgeschlossen werden. Verstöße gegen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ergeben sich nicht.

Vögel

Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die mögliche Beseitigung von Gehölzstrukturen stellen grundsätzlich für mehrere Arten einen Verlust von potentiellen Brutstandorten dar. Im Rahmen der avifaunistischen Untersuchungen konnten im Plangebiet keine gefährdeten Arten festgestellt werden. Ein Brutplatz des Fasan wurde festgestellt. Umliegend verbleiben ausreichend Ausweichlebensräume. Die mögliche vereinzelte Entnahme von den vereinzelt Gehölzen löst keine Störung auf lokale Populationen aus. Mit der Baufeldfreimachung und Rodung des Gehölzbestandes außerhalb der Brut- und Setzzeit (01.04. bis 15.07) können bauzeitliche Störungen auf ein Mindestmaß reduziert werden. Ein Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Sonstige besonders oder streng geschützte Arten

Auswirkungen auf das Störungsverbot weiterer besonders oder streng geschützter sind innerhalb des Plangebietes nicht zu erwarten.

§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)Säugetiere

Im Plangebiet sind keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten vorhanden. Ein Verstoß gegen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG können ausgeschlossen werden.

Vögel

Die vorhandenen Vegetationsstrukturen im Plangebiet eignen sich trotz ihrer Störeinkwirkungen für einige Arten als Brutplatz. Dies dürfte jedoch nur ubiquitäre Arten betreffen, die jährlich einen neuen Brutplatz errichten. Mit der Baufeldfreimachung außerhalb der Brut- und Setzzeit (01.04. bis 15.07.) kann eine Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ausgeschlossen werden. Sollte die Baufeldfreimachung zwingend innerhalb der Brut- und Setzzeit erfolgen, kann durch Vergrämuungsmaßnahmen (z.B. Flatterband) ebenfalls sichergestellt werden, dass eine Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ausgeschlossen wird. Weiterhin ist über eine Begehung der Bauflächen vor Baubeginn sicherzustellen, dass keine Brutplätze von Vögeln durch die Baumaßnahmen zerstört werden. Das betrifft ebenfalls die Rodung oder den Rückschnitt der Bäume und Sträucher innerhalb des Brutzeitraums. Hier sind über einen Sachverständigen in Form einer Begehung die Verstöße gegen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG auszuschließen. Auf dem anliegenden Acker wurde ein Brutplatz der Feldlerche im Radius von 100 m zum Änderungsgebiet festgestellt. Da Feldlerchen ein Heranrücken von baulichen Anlagen bzw. jeglicher Form von Strukturen ist davon auszugehen, dass dieser Bereich für einen zukünftigen Bruterfolg nicht mehr zur Verfügung steht. Hierfür ist eine entsprechende Kompensationsmaßnahme vorzusehen.

Sonstige besonders oder streng geschützte Arten

Auswirkungen auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten weiterer besonders oder streng geschützter Arten sind innerhalb des Plangebietes nicht zu erwarten.

§ 44 Abs. 1 Nr. 4 (Beschädigung, Zerstörung und Entnahme von Pflanzen)

Im Rahmen der vorgenommenen Biotoptypenkartierung wurde das Arteninventar vegetationskundlich begutachtet. Dahingehend sind keine artenschutzrechtlich relevanten Pflanzenvorkommen innerhalb des Plangebietes festzustellen und zu erwarten. Ein Verstoß gegen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG kann derzeit nicht prognostiziert werden.

Fazit

Als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung ist festzuhalten, dass mit der Umsetzung der Planung Verstöße gegen Zugriffsverbote des § 44 BNatSchG nicht zu erwarten bzw. vermieden werden können. Als artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahme sind zu beachten, dass die Baufeldfreimachung außerhalb der Brut- und Setzzeit (01.04. bis 15.07.) durchzuführen oder durch Vergrämuungsmaßnahmen und über eine Begehung der Bauflächen vor Baubeginn sicherzustellen ist, dass keine Brutplätze von Vögeln durch die Baumaßnahmen zerstört werden. Ebenso ist bei ggf. erforderliche Gehölzentnahmen die Sperrfrist nach dem BNatSchG für Gehölzrodungen zu beachten.

Hinweis:

Alle zukünftigen Auswirkungen der Planung auf Arten und natürliche Lebensräume im Sinne des §19 Abs. 2 und 3 BNatSchG sind auf Grundlage der durchgeführten Erfassungen nicht sicher prognostizierbar. Es können nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der genannten Arten oder Lebensräume verursacht werden, deren Vorkommen im Einwirkungsbereich der Planung nicht bekannt ist oder die sich künftig im Einwirkungsbereich der Planung ansiedeln bzw. entwickeln. Eine vollständige Freistellung nachteiliger Auswirkungen gemäß §19 Abs. 1 BNatSchG kann deshalb planerisch und gutachterlich nicht gewährleistet werden.

6. ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 26 sollen eine geordnete städtebauliche Entwicklung angestrebt und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen geschaffen werden. Größere Photovoltaikanlagen stellen keine privilegierten Vorhaben im Sinne des § 35 BauGB dar. Aufgrund von Art und Umfang des Vorhabens sowie dessen Lage im Außenbereich sind zur Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen neben der Aufstellung des Bebauungsplanes auch die Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich. Die Fläche ist derzeit unbebaut und wird weitestgehend ackerbaulich genutzt.

Entsprechend der städtebaulichen Zielsetzung werden die Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr.26 zukünftig als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt.

Wertvolle Bereiche von Natur und Landschaft werden nicht in Anspruch genommen. Bis auf einen Graben und vereinzelte Gehölzbestände handelt es sich um eine große Ackerfläche. Dennoch sind mit der geplanten Errichtung von Photovoltaikanlagen erhebliche Beeinträchtigungen auf den Naturhaushalt zu erwarten. Durch die mögliche Überbauung durch die Errichtung von Trafostationen, Wechselrichter und Wege ergeben sich erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Boden. Die Beeinträchtigungen können jedoch durch die extensive Bewirtschaftung der Freiflächen zwischen den PV-Modulen ausgeglichen werden. Ggf. müssen die vereinzelten Gehölzbestände im Bereich des Grabens beseitigt werden. Diese erheblichen Beeinträchtigungen werden wiederum durch eine Neuanpflanzung als Eingrünung im Plangebiet ausgeglichen. Mit dem Heranrücken der baulichen Anlagen an einen nachgewiesenen Brutplatz der Feldlerche ergeben sich erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Tiere. Als populationsstärkende Maßnahmen sind Blüh-/Brachestreifen und Feldlerchenfenster außerhalb des Plangebietes vorgesehen.

Mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen in der freien Landschaft ergeben sich weitere erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Landschaft.

Auf Ebene des Bebauungsplanes gelten die entstehenden erheblichen Beeinträchtigungen als vertret- und ausgleichbar. Nachteilige Umweltauswirkungen sind mit der Aufstellung des Bebauungsplanes als Ergebnis der Umweltprüfung nicht zu erwarten.

7. VER- UND ENTSORGUNG

• Stromversorgung

Der produzierte Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist. Detaillierte Regelungen werden im Rahmen der Durchführung getroffen (z.B. wo befindet sich der zukünftige Einspeisepunkt).

Ein Anschluss des Plangebietes an die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie eine Müllentsorgung sind nicht erforderlich.

8. BODENORDNUNG

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

9. BESCHLUSSFASSUNG

Die vorliegende Begründung wurde vom Rat der Gemeinde Lauenbrück in seiner Sitzung am beschlossen.

Lauenbrück, den

.....
(Intelmann)
Der Bürgermeister

Stand 09/2022

QUELLENVERZEICHNIS

DRACHENFELS, O.v. (2021): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand: März 2021.

IDN (2021): Ergebnisse der Brutvogelkartierung für die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage bei Lauenbrück. Ingenieurdienst Nord GmbH, Oyten. Stand 10/2021

LANDKREIS ROTENBURG (2015): Fortschreibung Landschaftsrahmenplan - Landkreis Rotenburg (Wümme), Stand: 2015.

LANDKREIS ROTENBURG (2020): Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Rotenburg (Wümme), Stand: 2020.

NIBIS (2022): Niedersächsisches Bodeninformationssystem, NIBIS-Kartenserver, Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Hannover (<http://nibis.lbeg.de/cardomap3/?lang=de>).

NLWKN (2012): Einstufung der Biotoptypen in Niedersachsen - Regenerationsfähigkeit, Wertstufen, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung - Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 01/2012, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Hannover.

UMWELTKARTEN NIEDERSACHSEN (2022): Geoportal Niedersächsische Umweltkarten. Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Hannover (<https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/Umweltkarten>).

PGN (2022): Potenzialflächenanalyse Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Gemeinde Lauenbrück. Planungsgemeinschaft Nord GmbH, Rotenburg (Wümme), Stand: Juli 2022.

WOESNER (2021): Planung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in Lauenbrück Südlicher Teil -Biotoptypenkartierung und Flora. Dipl.-Biol. Elisabeth Woesner, Oldenburg. Stand: 09/2021

Gesetze, Richtlinien und Verordnungen

BauGB - Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674) geändert worden ist.

BauNVO - Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

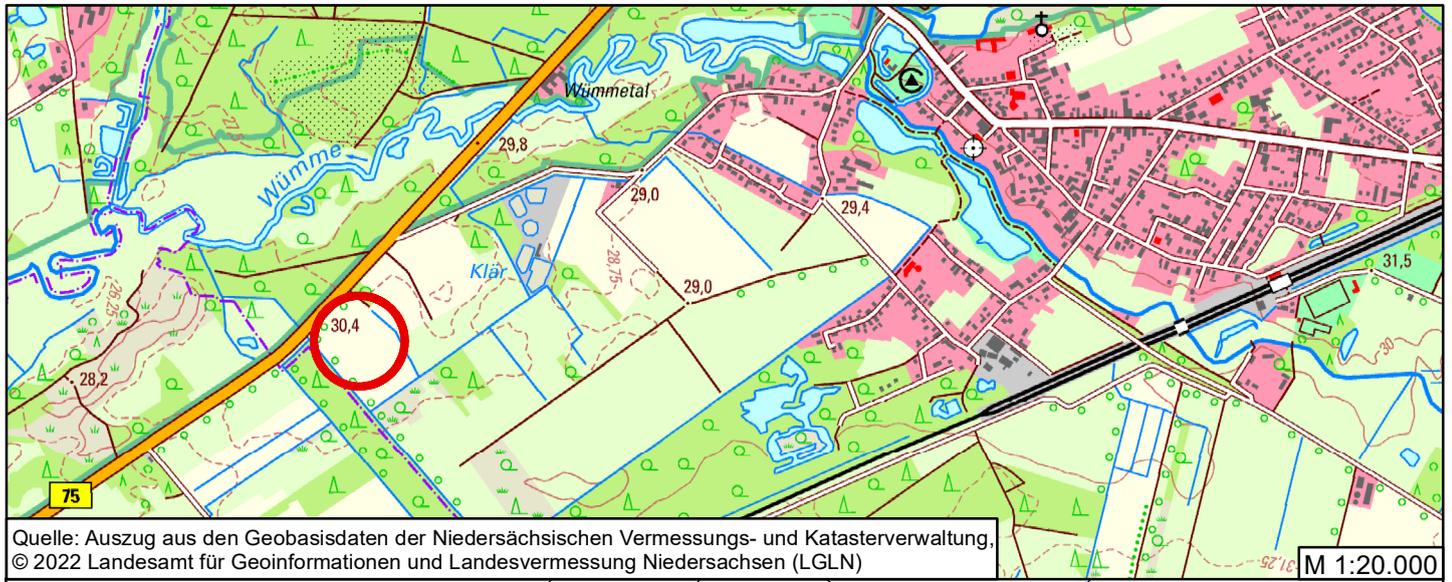
PlanzV - Planzeichenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

BImSchG - Bundesimmissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18.07.2017.

BNatSchG - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 29.07.2009, BGBl. I S. 2542, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.08.2021, BGBl. I S. 3908.

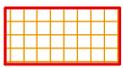
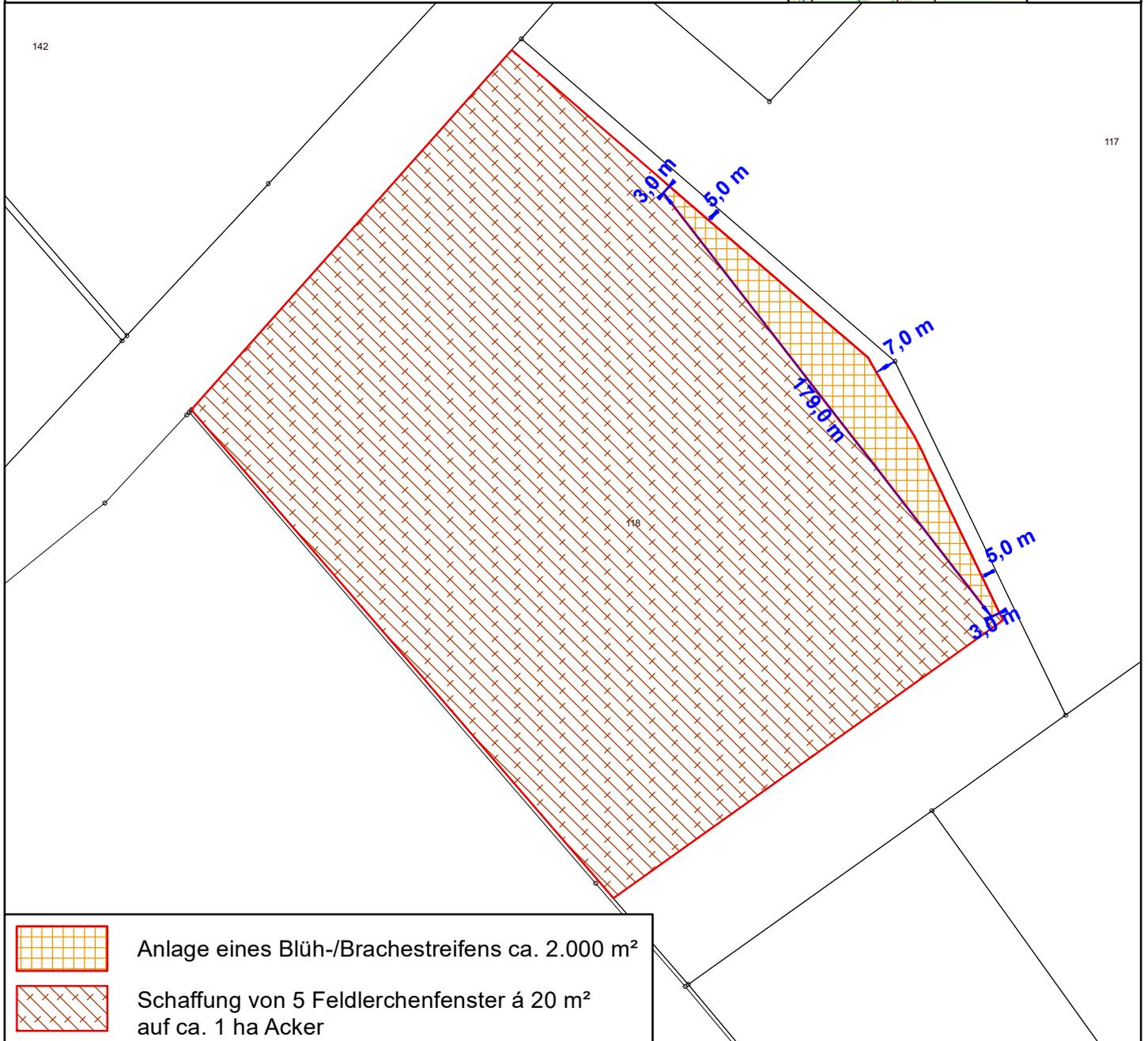
LROP - Landes-Raumordnungsprogramm, zuletzt geändert durch Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen vom September 2022

NAGBNatSchG - Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19.02.2010, Nds. GVBl. 2010, 104, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.11.2020 Nds. GVBl. S. 451



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung,
 © 2022 Landesamt für Geoinformationen und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN)

M 1:20.000



Anlage eines Blüh-/Brachestreifens ca. 2.000 m²



Schaffung von 5 Feldlerchenfenster á 20 m²
 auf ca. 1 ha Acker

Externe Ausgleichsfläche

Gemeinde Lauenbrück B-Plan Nr. 26 "Solarpark Lauenbrück"

Flurstück 118 der Flur 1

Gemarkung Lauenbrück



Datum:

09/2022

Maßstab:

1: 2.000

Quelle:



Anlage:

1